

Universität Bielefeld | Postfach 10 01 31 | 33501 Bielefeld

Prof'in Dr. Angelika Epple

Raum: U7-219
Tel.: +49 521.106-4071
Tel.: +49 521.106-67556 (Sekretariat)
Fax: +49 521.106-6464
prorektorat.internationales@uni-bielefeld.de
www.uni-bielefeld.de

Bielefeld, 10.07.2018
Seite 1 von 4

Rede anlässlich des Jahresempfangs des Vereins zur Förderung internationaler Studierender in Bielefeld (ViSiB) von Prof. Dr. Angelika Epple

10. Juli 2018, 19.00 Uhr
Huelsmann Museum, Bielefeld

Vor gut einem Jahr habe ich Sie ganz förmlich als „sehr geehrte Mitglieder des Vereins zur Förderung Internationaler Studierender“ begrüßt, heute, nach meiner Wahl in den Vorstand, freue ich mich, Sie in aller Kürze und sehr herzlich als „liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter“ anzusprechen.

Sehr gerne habe ich die Einladung angenommen, erneut auf dem Jahresempfang des ViSiB sprechen zu dürfen. Der Verein ist eine wichtige Institution für die Universität Bielefeld und für die Fachhochschule Bielefeld, Hochschulen, die sich beide nie als Elfenbeinturm verstanden haben, sondern als Einrichtungen, die sich gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für die Gesellschaft engagieren. ViSiB gibt uns die Möglichkeit, mit Bielefelderinnen und Bielefeldern einen Beitrag für die Integration von jungen Menschen aus dem Ausland zu leisten.

Als Bildungs- und Forschungsinstitution Engagement für eine Gesellschaft zu übernehmen, ist eines unserer wichtigsten Ziele. „Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ (Grundgesetz Art. 5 Abs. 3 Satz 1). Dieser über viele Jahrzehnte in unseren Ohren so selbstverständlich klingende Satz hat in der heutigen Zeit neue Brisanz erfahren. Die Gesellschaft befindet sich einer Phase, in der Populismus, Wissenschaftsfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit sich häufig gegensei-

tig verstärken. Umso deutlicher müssen Hochschulen und ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Werte erklären und verteidigen. Susanne Baer, Bundesverfassungsrichterin und Professorin für Rechtswissenschaft, hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Satz des Grundgesetzes eine Aufgabe ist. „Wissenschaft“, so sagt sie, „entsteht aus jener Verantwortung, die wir für sie zu übernehmen bereit sind.“

Die akademische Freiheit und die Wissenschaftsautonomie sind vielerorts auf der Welt in Gefahr. Sie sind eben nicht so selbstverständlich, wie sie uns erscheinen mögen. In allen Ländern, auch in Europa, auch in Deutschland, müssen wir aktiv dafür sorgen, dass die Universität als demokratischer Reflexionsraum geschützt wird. Ein Kollege von der University of Newcastle berichtete mir erst gestern davon, wie sich Studiengebühren auf die Lehre und die Beurteilung studentischer Leistungen auswirken. Dabei wurde deutlich, dass neben einem bestimmten politischen Klima auch die Ökonomisierung von Forschung und Lehre eine Bedrohung der akademischen Freiheit darstellen.

Die Universität Bielefeld und die Fachhochschule Bielefeld wie auch viele andere deutsche Hochschulen stellen sich dieser Verantwortung gern. Studiengebühren oder ein Ausverkauf der wissenschaftlichen Forschung kommen nicht in Frage. Wir stellen uns dieser Verantwortung aber auch in ganz anderer Hinsicht. An der Universität Bielefeld haben wir in den letzten zwei Jahren Dutzende von gefährdeten und geflüchteten internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unsere Forschung und Lehre integriert und insgesamt über 60 Kolleg_innen in Deutschland und anderen Ländern unterstützt, eine Hochschule in Europa als ihren sicheren Hafen zu finden. Wir haben eine Clearingstelle und Deutschkurse für geflüchtete Studierende und Studieninteressierte geschaffen, und ein Programm für geflüchtete Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe: Lehrkräfte Plus. Die Universität ist dem weltweiten Scholars at Risk Network beigetreten, das als Ziel den Schutz der akademischen Freiheit hat und geflüchtete und gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt unterstützt, ob bereits im Gefängnis wegen den Regimen unliebsamen Äußerns oder bereits auf der Flucht. Die Universität Bielefeld koordiniert europaweite Netzwerkprojekte für geflüchtete WissenschaftlerInnen, unter dem vielsagenden Titel BRiDGE – Bridge for Researchers in Danger Going to Europe. Die Programme sehen auch Stipendien für Praktika von geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor. Hier

wäre sicher ein fruchtbares Feld, um mit der Wirtschaft und Stadtgesellschaft für die Integration Hochqualifizierter mit Fluchthintergrund zusammenzuarbeiten.

Mehrmals haben wir auch im Rektorat in den letzten zwei-drei Jahren über interkulturelle Konflikte im Wissenschaftsraum, über internationale Kooperationen, über die Aufnahme von geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern debattiert. Letztes Jahr haben wir darauf hin die Magna Charta Universitatum unterzeichnet – einen Wertekatalog für die akademische Freiheit und Autonomie der Hochschule, den renommierte Universitäten auf der ganzen Welt in ihrem Bestreben vereint. Wir möchten vor allem eins an dieser Universität: Über unsere Werte streiten und sie verteidigen. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe unserer Institutionen und der akademischen Gemeinschaft als Ganzes. Weil diese akademischen Werte ganz grundlegende FREIHEITSwerte sind, macht die Diskussion nicht an den Hochschulgrenzen Halt, sondern betrifft auch die Stadtgesellschaft: Damit unsere Werte auch außerhalb des Campus weitergelebt werden, sind tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Straße gegangen und werden es wieder tun, so ungewöhnlich dies für ein Stadtbild ist, wenn Professorinnen und Professoren auf der Straße beim weltweiten March for Science protestieren.

Es ist nämlich nicht ausreichend, wenn wir Kolleginnen und Kollegen in Gefahr helfen, unser Bemühen ist weitreichender als diese individuellen Schicksale. Wir möchten als deutsche Hochschulinstitutionen mit Ihnen allen dafür sorgen, dass akademische Freiheit und Meinungsfreiheit, DIE grundlegenden Werte sind und bleiben, die uns als freiheitliche Gesellschaft definieren.

Manche, darauf hat der Vorsitzende der DFG, Prof. Peter Strohschneider, in einer viel gelobten und prämierten Rede hingewiesen, missbrauchten den March for Science dafür, eine falsch verstandene Wissenschaftsgläubigkeit zu propagieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können der Politik oder der Gesellschaft keine Entscheidungen abnehmen, in dem sie behaupten, die Wissenschaft gäbe die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Was sie tun können ist jedoch, das Wissen bereitstellen, Wissen, das eine Vorbedingung guter, genauer: bestmöglicher Entscheidungen ist. Wissenschaft – und das macht die Sache so kompliziert – beruht auf der Unterscheidung von „wahr“ und „falsch“, sie besteht also auf dem Wahrheitsanspruch. Zugleich geht damit nicht die Annahme einher, eine einmal für „wahr“ befundene Einsicht könne für immer als „wahr“ gelten. Wissenschaftliche Erkenntnisse können überholt werden und gelten dann im

Nachhinein als „falsch“. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind immer vorläufig, aber niemals beliebig. Daher ist es unabdingbar, am Wahrheitsanspruch festzuhalten. Dieser Anspruch macht es nämlich allererst möglich, wissenschaftliche Erkenntnisse als überholte auszuweisen. Er macht Erkenntnisse diskutabel. Wissenschaft heißt, die Wahrheit zu suchen und einen Dialog zu initiieren. Diesen Dialog und die Zumutung, die Wissenschaft darstellt, weil sie unbequem ist, weil sie häufig lieb gewonnene Erkenntnisse in Frage stellt, weil sie immer wieder aufzeigt, dass alles auch anders sein könnte, dies müssen wir in den sogenannten „postfaktischen Zeiten“ verteidigen. Der Dialog, die Debatte und das wissenschaftliche Streiten sind der Rahmen, den wir uns als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst gegeben haben, damit wir unseren Beitrag zur freiheitlichen Demokratie leisten.

Nicht nur in Diktaturen, Kriegen und weit weg von den Hängen des Teutoburger Waldes ist Demokratie in Gefahr, sondern auch hier in Deutschland, mitten in Bielefeld und das auch nicht erst seit dem Putschversuch in der Türkei oder dem Krieg in Syrien. (Bereits) 2012 haben wir uns als Universität auf dem Weg gemacht mit der Kampagne Uni ohne Vorurteile, da wir rechtsextremes Gedankengut in unserer Institution und in den Köpfen unserer Studierenden nicht unbeantwortet lassen wollten. Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft weiter gehen.

Ich freue mich ganz besonders, dass Sie uns dabei helfen, indem Sie ViSiB all die Jahre unterstützen sich stets den gesellschaftlichen und hochschulinternen Veränderungen anzupassen, und für unsere Werte einzutreten.